



Marco Bülow

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bürgerbüro

Marco Bülow MdB
Große Heimstr. 72, 44137 Dortmund

☎ (0231) 47 66 990

📠 (0231) 47 66 991

✉ marco.buelow@wk.bundestag.de

Deutscher Bundestag

Marco Bülow MdB
Umweltpolitischer Sprecher
der SPD- Bundestagsfraktion
11011 Berlin

☎ (030) 227 - 73 403

📠 (030) 227 - 76 488

✉ marco.buelow@bundestag.de

🌐 www.marco-buelow.de

Marco Bülow MdB · Große Heimstr. 72 · 44137 Dortmund

Dortmund, 25.10.2007

Stellungnahme zum Text: „Düstere Aussichten“ (Magazin Süddeutsche Zeitung vom 12. Oktober 2007) und der daraus resultierenden Folgeberichterstattung und Diskussion

Mich erfreut die fast ausnahmslos positive Resonanz, die ich auf Grund des SZ-Artikels erhalten habe. Ich möchte mich aber auch den Kritikpunkten stellen und einige missverständliche Aussagen berichtigen und erklären.

Einige zentrale Punkte vorweg:

Meine Aussagen sind kein Ergebnis von Resignation oder eines konkreten Ereignisses. Nein, im Gegenteil: Insgesamt betrachtet, macht mir die politische Arbeit Spaß und ich möchte sie noch möglichst lange fortsetzen. Ich bin Mitte Oktober von meiner Arbeitsgruppe Umwelt (dies sind die Bundestagsabgeordneten, die sich in der SPD Fraktion um den Bereich Umwelt kümmern). und der Bundestagsfraktion einstimmig als Umweltsprecher bestätigt worden, was meine Motivation für die Zukunft bekräftigt.

Ich habe das Gespräch mit der SZ geführt, weil ich etwas am Zustand des Parlamentarismus verändern möchte und mehr mit gestalten möchte. In einem Brief an meinen Wahlkreis und in Tagebucheinträgen (die auf meiner Internetseite nachzulesen sind) habe ich viele Punkte des Gesprächs bereits mehrfach angesprochen. Meiner Ansicht nach haben eher die Abgeordnete resigniert, die zwar eine ähnliche Meinung wie ich vertreten, aber aus Angst vor Gegenkritik oder weil sie glauben, solche Äußerungen würden nichts bringen, lieber schweigen.

Ich möchte dagegen diskutieren. Ich bin nicht damit zufrieden, möglichst wenig zu kritisieren, nur um ein ruhiges Abgeordnetendasein führen. Auch zu anderen Themen und Gelegenheiten habe ich meine Meinung pointiert vorgetragen und werde es auch in Zukunft tun. So habe ich die mangelnde Transparenz der Abgeordneten (bezüglich ihrer Nebeneinkünfte, etc.) kritisiert und auch den problematischen Kurs der SPD in der Großen Koalition thematisiert. Ich bin nur **ein** Abgeordneter, aber ich hoffe, dass ich das ein oder andere mit in Bewegung gebracht habe. Gerade im Wahlkreis habe ich immer wieder gesagt, dass ich kein „Jasager“ und „Abnicker“ sein möchte.

Öffnungszeiten Bürgerbüro

Montags bis Freitags: 9 Uhr bis 13 Uhr

Montags und Donnerstags: 17 Uhr bis 19 Uhr

SZ-Artikel

Der Artikel wurde nicht von mir verfasst. Ich bin zweimal von einem Journalisten zu diesem Thema interviewt worden. Der Journalist hat den Text verfasst und mit mir danach durchgesprochen. Ich bin davon ausgegangen, dass der Artikel dann unter seinem Namen erscheint. Ich war überrascht und verärgert dann meinen Namen über dem Artikel zu finden. Ich stehe zu den Aussagen, hätte aber anders formuliert und manche Argumentation stärker begründet.

Dazu ein wichtiges Beispiel: Es gibt bei Abstimmungen Druck innerhalb der Fraktionen, dass kann auch dazu führen, dass ein Abgeordneter bei abweichenden Stimmverhalten in das Büro des Fraktionsvorsitzenden zu einem Gespräch muss. **Diesen Druck gibt es aber in allen Bundestagsfraktionen.** Ich könnte dazu zahlreiche Beispiele gerade auch unseres Koalitionspartners, der CDU/CSU auflisten. Zudem habe ich darauf hingewiesen, dass eine Fraktionsdisziplin durchaus notwendig ist, aber meiner Meinung nach auch bestimmte Grenzen hat (siehe unten: Fraktionsdisziplin) Mir geht es hier nicht darum, eine Person oder die Fraktionsspitze als solche zu kritisieren. Mir ist bewusst, dass Fraktionsvorsitzende die Pflicht haben ihre Fraktion zusammenzuhalten. Es geht um die Sache. Ich glaube, dass sich ein System zwischen Regierung, Fraktionsspitzen, Medien und Abgeordneten entwickelt hat, das insgesamt die eigentlichen Aufgaben des Parlamentes zu sehr einengt.

SZ-Überschrift

Ich bin sehr verärgert über die von der SZ gewählte Überschrift: *„Düstere Aussichten, Fraktionszwang, Druck und Denkverbote: Vor der Afghanistan-Abstimmung verrät der SPD-Mann Marco Bülow, was Bundestagsmitglieder wirklich zu sagen haben: nichts.“* Die Überschrift wurde nicht vom dem Journalisten gewählt, der das Interview geführt hat. (Ich möchte hier ausdrücklich erwähnen, dass der Journalist einen guten Job gemacht hat und mich sehr fair behandelt hat und meine Verstimmung sich allein gegen die Verantwortlichen der Redaktion des SZ-Magazins richten). Die Überschrift (wie auch das Foto) ist nicht mit mir abgesprochen worden. Ich bin darüber sehr verärgert, denn die Überschrift überspitzt nicht nur, sondern sie verfälscht meine Aussagen völlig.

Ich habe im gesamten Gespräch in keinsten Weise vom Fraktionszwang bezüglich der Afghanistan-Abstimmung und schon gar nicht von irgendwelchen Denkverboten gesprochen. In der SPD-Bundestagsfraktion kann und konnte über dieses Thema frei diskutiert werden. Das „Denken“ und „Reden“ wurde noch nie jemandem in der Fraktion verboten. Auch wurde ich wegen meiner Abstimmung bezüglich des Afghanistan-Einsatzes nicht unter Druck gesetzt.

Des Weiteren habe ich nicht gesagt, dass Bundestagsmitglieder nichts zu sagen haben. Viel mehr war meine Aussage, dass MdBs nicht viel oder zu wenig zu sagen haben, was ein deutlicher Unterschied ist.

Ich habe dies bereits direkt nach der Veröffentlichung der Redaktion der SZ schriftlich mitgeteilt, woraufhin im Internetartikel, die Überschrift zumindest teilweise korrigiert wurde.

RN-Artikel

Ausgehend vom SZ-Artikel führte die Ruhr-Nachrichten (RN) mit mir ein Interview durch, welches dort am 13. Oktober auf der Seite 2 erschienen ist. Auch dieses Interview entspricht in etwa dem Wortlaut des Telefongesprächs mit dem RN-Journalisten. Der Aufmacher auf Seite 1 des gleichen Tages greift auf das SZ-Gespräch mit den von mir geschilderten Problematiken zurück.

Fraktionsdisziplin

Wie bereits erwähnt halte ich eine gewisse Fraktionsdisziplin in einer Fraktion für notwendig. Es kann nicht jeder machen, was er will. Ich habe häufiger in der Fraktion gegen einen Reformvorschlag gestimmt und mich dann im Parlament der Fraktionsmehrheit gebeugt. Es gibt aber Grenzen dieser Disziplin. Dies gilt insbesondere für Bundeswehreinräte (was von der Fraktionsspitze akzeptiert wird). Meines Erachtens ist diese Grenze ebenfalls erreicht, wenn in Abwägung der Gesamtpolitik einer Regierung ein Abgeordneter zu dem Ergebnis kommt, dass diese insgesamt nicht mehr mit dem Gewissen vereinbar ist. Das sich bei mir aufgebaute Spannungsverhältnis zwischen Fraktionsdisziplin und Gewissensentscheidung habe ich in einem Wortbeitrag der Bundestagfraktion geschildert. Zudem habe ich meine Position in einem Brief an meinen Wahlkreis im Februar 2007 verdeutlicht.

„Ähnlich geht es mir bei den bevorstehenden Abstimmungen zur Rente 67 (2./3. Lesung am 9.3.) und zur Unternehmensteuerreform. Beide Themen haben wir schon kritisch in der Dortmunder SPD diskutiert. Ich werde darauf dringen, dass mein Wahlkreis und die Dortmunder SPD bei den Themen weiter am Ball bleiben und ihre Meinung auch in den Landesbezirk einspeist. Ich werde meine Abstimmung im Bundestag auch von der Meinung der Mehrheit meines Wahlkreises abhängig machen. Denn neben meinem Gewissen und der Fraktionsdisziplin bin ich vor allem auch meiner Basis verpflichtet. Denn ohne Sie wäre ich nicht im Bundestag und ohne die Basis gäbe es auch keine SPD im Bundestag oder in der Regierung.“

Kernpunkt meiner Kritik

Ich kritisiere nicht, dass die Fraktionsspitze versucht den Laden zusammenzuhalten. Es ist aber problematisch, wenn dies auf Druck, beispielsweise damals durch den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder („wenn ihr nicht mitmacht, dann gehe ich“), oder mit dem Hinweis geschieht, dann verliert der Minister, Parteivorsitzende sein Gesicht. Meiner Ansicht nach müssen Entscheidungen in erster Linie getroffen werden, weil man sie mehrheitlich inhaltlich für richtig hält und nicht, weil eine Person sie vorgibt (und dann nicht mehr zurück kann). Viele Gegenstimmen oder Änderungsvorschläge von Reformvorschlägen der Regierung hat es genau deswegen nicht gegeben.

Zudem kritisiere ich, dass leider einige meiner Kollegen immer mit großen Reden die Vorschläge der Regierung unterstützen und vor Kritik warnen – selbst dann, wenn sie selbst eine andere Meinung vertreten. Die Intention ist offensichtlich: Lobende Abgeordnete haben eine deutlich bessere Chance Karriere zumachen – erst Recht im Vergleich mit den eher kritischeren Mandatsträgern. Ich weiß, dass ein wachsender Teil der Medien mit dazu beitragen, den Druck zu erhöhen, weil sie bei inhaltlichen Verbesserungen von Regierungsvorlagen im Parlament gerne gleich von „Streit“ oder „nachbessern“ sprechen. Diesem Druck darf man aber nicht nachgeben, denn es ist die Aufgabe des Parlaments, die Regierung zu kontrollieren und sich mit den Vorschlägen und Regierungsentwürfen kritisch auseinander zu setzen. Dafür gibt es die Ausschüsse und Fachgruppen, um mit zu gestalten und um Vorlagen bei Bedarf auch zu verändern. Dies ist weiterhin möglich, aber es wird immer schwieriger. Das ist genau meine Kritik – nicht mehr und nicht weniger. Ähnlich sehe ich die Situation in der SPD, wo es auch immer schwieriger wird, dass die Basis mitbestimmen kann und ihre Vorschläge und Kritik auch berücksichtigt werden.

Mehr Transparenz

Ich jedenfalls werde weiter meine Meinung sagen und mich engagieren. Jeder kann auch eine andere Position dazu vertreten. Ich stelle mich gerne jeder Kritik dazu. Die vielen Zuschriften zeigen mir, dass ich einen Nerv getroffen habe. Viele Menschen wünschen sich mehr Transparenz bei den politischen Entscheidungen und größere Einwirkungsmöglichkeiten ihrer vor Ort gewählten Abgeordneten. Auf der anderen Seite erlebe ich aber auch, wie leider nur wenige Bürger versuchen, sich ein differenziertes Bild über die Arbeit von Abgeordneten machen. Es herrschen viele Vorurteile und Verallgemeinerungen. Aber gerade deshalb, müssen wir Politiker versuchen durch Transparenz, Informationsarbeit, aber auch durch kritischer Selbstanalyse, daran mitwirken unser Bild in der Öffentlichkeit zu verbessern.

Mit freundlichen Grüßen



Öffnungszeiten Bürgerbüro

Montags bis Freitags: 9 Uhr bis 13 Uhr

Montags und Donnerstags: 17 Uhr bis 19 Uhr